Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 69 (1989)
Heft: 1

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Nein-Welle vom 4. Dezember

Mit dem dramatischen, in menschlicher Hinsicht wahrhaft tragischen Rücktritt der ersten Bundesrätin ist das innenpolitische Jahr 1988 im Zeichen eines Schocks zu Ende gegangen, dessen Ausstrahlungen im Augenblick noch kaum abzuschätzen sind. Er hat alle andern Ereignisse der letzten Wochen völlig in den Schatten gestellt — auch den Abstimmungstag vom 4. Dezember, der unter normalen Umständen als *die* Sensation des Jahres 1988 in die Zeitgeschichte eingegangen wäre.

Das Wort von *der* Sensation ist nicht zu hoch gegriffen. Es ist an dieser Stelle kürzlich darauf verwiesen worden, dass der im Durchschnitt eindeutig rückläufige Informationsstand der Stimmbürger dem Zufall an der Urne immer grösseren Spielraum biete. Da im Vorfeld der Abstimmungen kaum noch langsam gewachsener Wissensstand zu den einzelnen Themen vorausgesetzt werden kann, muss der Bürger im Rahmen der Kampagnen sozusagen von Null auf nicht nur mit den Meinungen von Regierung, Parlament, Parteien und Verbänden, sondern auch mit den Fakten und sachlichen Zusammenhängen vertraut gemacht werden.

Dass damit auch die Rolle der politischen Auguren und selbst der professionellen Meinungsforscher schwieriger geworden ist, zeigte sich an eben diesem 4. Dezember besonders drastisch. Eine wirtschaftliche Wochenzeitung hatte bei einem durchaus renommierten Institut eine Umfrage über die Meinungen zur NA-Überfremdungsinitiative in Auftrag gegeben. Aus ihr resultierte eine Voraussage von 54 Prozent Ja-Stimmen. Die Urnengänger aber «korrigierten» diese Prognose um nicht weniger als 21,3 Prozent, indem sie lediglich 32,7 Prozent Ja einlegten.

Ohne den inzwischen zweifellos eingeleiteten fachtechnischen Auslotungen dieses ausgewachsenen Prognostiker-Debakels vorgreifen zu wollen, ist sicherlich die Vermutung erlaubt, dass die definitive Meinungsbildung heutzutage immer später — im vorliegenden Fall offenbar erst *nach* dem Stichtag der Umfrage — erfolgt. Das ist vor allem in einer Konstellation wie jener am 4. Dezember alles andere denn ein Wunder.

Zunächst einmal trägt der Bundesrat selbst mit seiner anscheinend unbeirrbaren Terminpolitik wesentlich zur schlechten informatorischen Ausgangslage bei. Hätte er es vor einem Jahr in seiner Weisheit fertiggebracht, entgegen früheren Gepflogenheiten den Dezembertermin des Wahljahres für eine so schwierige Abstimmung wie jene über die «Rothenturm-Initiative» zu benützen und damit dem für ihn niederschmetternden Ergebnis Vorschub zu leisten, weil der politische Apparat so kurz nach den eidgenössischen Wahlen völlig überfordert war, so schaffte er es diesmal, drei völlig verschiedengeartete, hochkomplexe Abstimmungsgeschäfte auf ein und

denselben Tag zu legen. Und dies, nachdem der gleiche Bundesrat den vorangegangenen Septembertermin ungenutzt hatte verstreichen lassen.

Natürlich tat er dies nicht ohne Begründung. Er folgte nämlich dem selbstauferlegten Grundsatz, an einem Abstimmungstag aus Gründen der Arbeitsökonomie in den kantonalen und kommunalen Wahlbüros nie nur eine einzelne Vorlage vor den Souverän zu bringen. Dabei übersah er, dass es heutzutage kaum einen Kanton und auch kaum eine grössere Gemeinde gibt, die nicht ihrerseits an den eidgenössischen Terminen Abstimmungsvorlagen einbringt. Anderseits zwang er den politischen Apparat mit der Kumulierung von drei so unterschiedlich gelagerten Geschäften wie der «Stadt-Land»-, der Arbeitszeit- und der 6. Überfremdungsinitiative nicht nur zu einer personellen und organisatorischen Gewaltsleistung, sondern er provozierte auch extreme Finanzierungsprobleme für die Kampagnenträger.

Am 4. Dezember kam noch ein weiteres Erschwernis hinzu. Zwar hatte jede der drei Initiativen ihre besondere Tragweite für die potentiell Betroffenen. Doch wurden sie, zumindest in der Frühphase, von unterschiedlich breiten Kreisen mit unterschiedlichen Prioritätsgraden versehen. Den weitaus stärksten Widerhall fand von Anfang an die «Stadt-Land»-Initiative. Dieser zentrale Angriff auf die bisherige Eigentumsordnung erfüllte nicht nur Hauseigentümer und institutionelle Anleger mit Besorgnis, sondern begann bald die gesamte Wirtschaft nachdrücklich zu beschäftigen. Dies um so mehr, als die Initiative unter dem Stichwort Spekulationsbekämpfung in weiten Kreisen der Öffentlichkeit auf grosses Interesse unter dem Motto «Es muss endlich etwas geschehen» zu stossen schien.

Diese Ausgangslage hatte einen überdurchschnittlichen Mobilisationsgrad zum Thema «Stadt-Land» zur Folge, führte aber gleichzeitig dazu, dass die beiden andern Initiativen dadurch «zugedeckt» zu werden drohten. Das verhiess aus bürgerlicher Sicht nichts Gutes bei der Überfremdungsinitiative, und zwar nicht zuletzt auch deshalb, weil hier die Asylantenprobleme für ein schlechtes Ausgangsklima gesorgt hatten. Die ganze Ausgangssituation liess gleichzeitig vor allem auch Zweifel darüber aufkommen, ob die Kernproblematik der Arbeitszeit-Initiative dem Stimmbürger überhaupt seriös bewusst gemacht werden könne.

Denn es war zu befürchten, dass neben den Gewerkschaften alle jene zahlreichen Arbeitnehmer, die bereits heute nur noch 40 Stunden in der Woche arbeiten oder eine entsprechende Reduktion in Aussicht haben, gewissermassen aus Solidarität ein Ja einlegen könnten. Bestand mit andern Worten — so lautete die Frage für die gegnerischen Kampagnenträger — unter diesen Umständen überhaupt noch eine Chance, die Problematik einer ausnivellierten landesweiten Regelung unter gleichzeitiger Aufkündigung der traditionell sozialpartnerschaftlichen Lösungspraxis im Arbeitszeitbereich dem Bürger noch eindringlich genug ins Bewusstsein zu bringen? Solche Befürchtungen erhielten noch zusätzlich dadurch Nahrung, dass sich im Gegensatz zur «Stadt-Land»-Initiative, wo sich rasch eine fast unabsehbare Kette von Diskussionsabenden abgezeichnet hatte, praktisch keine

Veranstalter für das Thema Arbeitszeit finden liessen.

Auch wer wie der Schreibende seit Jahrzehnten buchstäblich ununterbrochen an der politischen Front gestanden hat, bekundete unter solchen Umständen bis zuletzt ausserordentlich Mühe, zu einer realistischen Prognose zu kommen. Unmittelbar vor dem Abstimmungssonntag sah diese persönliche Einschätzung der Lage wie folgt aus: relativ deutliche Ablehnung der «Stadt-Land»-Initiative; sicheres Nein für die Überfremdungsinitiative, und wäre es nur dank dem Ständemehr; völlig ungewisser Ausgang bei der Arbeitszeit-Initiative — mit der stillen Hoffnung, es komme unvermerkt zu einer Nein-Welle.

Das Letztere war dann in geradezu sensationellem Ausmass der Fall. Denn nur so lässt es sich erklären, warum die Nein-Stimmenzahlen mit 1 544 205 (Stadt-Land), 1 506 468 (Überfremdung) und 1 476 057 (Arbeitszeit) in den Extremwerten mit weniger als 70 000 Stimmen auseinanderdrifteten. Die für einen Abstimmungstag unter heutigen Verhältnissen ausserordentlich hohe Stimmbeteiligung von 50,4 Prozent deutet ausserdem darauf hin, dass wohl vor allem die «Stadt-Land»-Initiative zusätzliche Kontingente an Bürgern mobilisierte, die dann die beiden andern Initiativen bei ihrem Nein zu «Mehr Staat» und «Weniger Wirtschaft» gleich «mitnahmen».

Man kann also sagen, dass die Kumulierung von drei Vorlagen für einmal der bürgerlichen Abwehrfront zugute gekommen ist. Das ändert aber nichts an deren grundsätzlicher Fragwürdigkeit. Die richtige Dosierung der Belastung des Bürgers bei Urnengängen wird mehr denn je zu einem Problem, das für die Funktionstüchtigkeit unserer Abstimmungsdemokratie längerfristig von grosser Tragweite sein wird.

Richard Reich

Das Verdikt von Montreal

Die GATT-Minister waren in Montreal — einer Zusammenkunft im Rahmen der Uruguay-Runde — bei der Lösung der Agrarhandelsprobleme *nicht* erfolgreich. Dies ist bedauerlich, gleichzeitig aber auch verständlich. Bedauerlich in erster Linie deshalb, weil sich der Agrarhandel zu einem weltwirtschaftlichen *Störfaktor* ersten Ranges ausgeweitet hat. Das Überschussproblem der Industriestaaten hat zusammen mit dem Ausbruch eines eigentlichen Export-Subventionswettbewerbs zu sinkenden Agrarpreisen im internationalen Handel geführt. Die sozialen Kosten in den Überschussländern steigen; die Agrarproduzenten in nicht wenigen Entwicklungsländern

sehen sich dagegen mit einer unfairen Konkurrenz konfrontiert. Es ist eine Situation entstanden, die dringend der Lösung bedarf. In Montreal ist sie nicht gefunden worden.

Die Ursachen dieses Fehlschlages liegen auf zwei Ebenen. Einmal im *Kompliziertheitsgrad* und in den Unterschieden der national praktizierten Agrarschutzsysteme; sodann aber auch in der Verschiedenheit der *nationalen Agrarinteressen.* Beide Faktoren setzen die Konsensfähigkeit auf diesem Gebiet drastisch herab. Die USA, die in der Agrarfrage eine Schlüsselrolle spielen, wollen dem Subventionswettbewerb radikal an den Kragen; diese weltwirtschaftlich edle Haltung ist von nationalen Interessen jedoch nicht völlig frei: die amerikanischen Agrarproduzenten könnten ihre komparativen Produktionsvorteile auf den Weltmärkten voll ausspielen. Die EG dagegen ist nicht bereit, die «Grundprinzipien» ihrer Gemeinsamen Agrarpolitik zu opfern. Japan beharrt auf der Legitimation einer Sonderbehandlung des Landwirtschaftssektors, hat sich aber durch die USA etwas breitklopfen lassen und zeigt sich beschränkt liberalisierungsfähig. Den Entwicklungsländern ist es auch nicht gelungen, als einheitliche Gruppe aufzutreten. Die Länder mit Nettoimporten profitieren vom Subventionstaumel — und wollen deshalb keine Änderung. Jene Staaten dagegen, die Nettoexporteure sind, bzw. eine angenähert ausgeglichene Nahrungsmittelbilanz aufweisen, plädieren für Anpassungsübungen. Und die Cairn-Gruppe tritt für einen sukzessiven Abbau des Agrarprotektionismus ein.

Es ist im Blick auf diese *Interessenvielfalt* tatsächlich kaum zu sehen, wo ein Kompromiss hätte liegen können. Kommt dazu, dass bei Agrarfragen die nationalen Positionen besonders zäh verteidigt werden, weil dem Agrarsektor im politischen Spektrum der einzelnen Länder aus verschiedenen Gründen eine Sonderrolle zugestanden wird. Von den gegenwärtig sichtbaren Verzerrungen im internationalen Handel geht jedenfalls noch kein ausreichender Kompromissdruck aus. Die Lage muss offenbar noch schlimmer werden. Auch die *Schweiz* macht in diesem Spiel keine allzu gute Figur. Sie wird sich zu überlegen haben, ob sie ihre Strategie auf alle Zeiten durchhalten kann. Eine Annäherung an internationale Prioritäten ohne Reform der binnenwirtschaftlichen Agrarpolitik bzw. des Agrarschutzsystems ist jedoch kaum vorstellbar.

Willy Linder

Friedensausbruch

Institute für Strategie und für Friedensforschung — worin unterscheiden die sich eigentlich? — haben festgestellt, dass es seit der Kapitulation des Dritten Reiches an die hundert Kriege gegeben habe. Europa wurde von ihnen nicht berührt, weil die atomare Abschreckung stabilisierend gewirkt hat, die den Friedensbewegungen — nicht unverständlicherweise, aber doch zu Unrecht — als purer Irrsinn erscheint. Allerdings darf nicht verges-

sen werden, dass es unter Mitgliedern des Warschauer Paktes zu kriegerischen Operationen gekommen ist: blutig in Ungarn, einschüchternd in der Tschechoslowakei — beidemal militärische Invasionen. Die «Normalisierung» Ungarns, der Tschechoslowakei war nicht friedlich. Und jene, die erklären, nie wieder dürfe ein Krieg von deutschem Boden ausgehen, überschweigen die Teilnahme der Volksarmee der DDR am Einmarsch in Prag.

Der Algerienkrieg begann nicht mit der Verletzung einer Souveränität, sondern endete mit der Schaffung des algerischen Staates. Wie immer definiert und gezählt wird, Tatsache ist, dass seit einem Jahre Kriege versanden oder enden: Afghanistan, Irak-Iran, Angola-Namibia — drei Beispiele von Annäherungen an einen Friedenszustand.

Unproblematisch ist keiner. Die von der Sowjetunion mittels Invasion importierte Regierung Afghanistans ist als Verhandlungspartner legitimiert — das war die südvietnamesische Regierung nicht, als die USA sich fluchtartig zurückzogen —, weshalb der Vergleich nicht stimmt. Wenn es der Sowjetunion gelingt, den Norden Afghanistans in irgendeiner Form an sich zu binden, war der nunmehr Breschnjew angelastete Überfall kein Totalverlust.

Iran und Irak waren vom siebenjährigen Krieg ohne Hoffnung auf Durchbruch und Entscheidung erschöpft. Eine Einigung ist nicht in Sicht, das «Gespräch» ist fast eine Fiktion, doch neue massive Kampfhandlungen sind nicht zu erwarten.

In Brazzaville ist nicht zuletzt dank guter amerikanischer Diplomatie vereinbart worden, dass bis April die Kubaner sich aus Angola zurückziehen und Namibia (Südwestafrika) unter Aufsicht der UNO-Truppen eine verfassunggebende Versammlung wählt. Südafrikas Umgang mit schwarzafrikanischen Staaten hing nie von der Innenpolitik der Apartheid ab.

Wird der israelisch-palästinensische Konflikt mit der Entstehung eines Staates enden, der mit kräftiger israelischer Hilfe lebensfähig wäre? Dafür spricht die geminderte amerikanisch-sowjetische Konfrontation. Kein arabischer Staat — auch nicht Syrien, nicht die PLO — baut auf entscheidende sowjetische Unterstützung. Syrien war im Verhältnis zu Israel sehr vorsichtig. Nur der «Nichtstaat» Libanon muss leiden.

Israels Vertreter in Genf hat nach Arafats Rede, die er am Fernsehen verfolgt hatte, erklärt, mit Palästinensern aus Gaza, Judäa, Samaria könne seine Regierung reden, nicht mit der PLO. Doch war es israelische Politik, alle anderen palästinensischen Strömungen zu delegitimieren und fing damit an, dass den Bürgermeistern im besetzten Gebiet verboten wurde, zusammenzukommen. Die Palästinenser haben ein am Beispiel und Gegenbild Israels geformtes Nationalbewusstsein entwikkelt, das abzustreiten sinnlos ist. Sie haben die Erfahrung gemacht, dass kein arabischer Staat für sie ernsthaft eintritt. Syrien will seine domestizierte PLO, Ägypten hat Frieden mit Israel geschlossen und zurückerhalten, was es wollte; rabiat gebärdet sich Libyen, weit vom Schuss, Irak hat andere Sorgen und Jordaniens König Hussein weigert sich, Vertreter des «wahren Palästina» zu sein. Die Verweigerung des amerikanischen Visums hatte eine überraschende Wirkung. Arafat formulierte seine Genfer-Rede so, dass die PLO für die USA zum Gesprächspartner werden konnte.

So gibt es für Israel keinen andern Gesprächspartner als die Palästinenser, deren in der Besetzung aufgewachsene Generation einen durchaus nicht von aussen manipulierten Aufstand durchhält. Diese beidseitige Erfahrung verändert die Perspektiven. Es kann keine «gute» Lösung geben, aber die Möglichkeit einer Lösung rückt näher.

Morgen früh ist die Welt bei alledem noch nicht in Ordnung. Zu Euphorie ist in internationalen Beziehungen nie Anlass, wohl aber zu massvollem Optimismus an diesem Jahresbeginn.

François Bondy

Das «Jahrhundertereignis», das keines war

Als Dieter Lattmann, erster Vorsitzender, 1973 am Kongress des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in Hamburg bekanntgab, man habe mit neun Zehnteln aller Stimmen beschlossen, den Mitgliedern des Verbandes den Beitritt zur Industriegewerkschaft Druck und Papier zu empfehlen, nannte er diesen Beschluss *«ein Jahrhundertereignis»*. Heinrich Böll hatte zuvor schon das *«Ende der Bescheidenheit»* verkündet, andere prominente Autoren deklarierten, wegen der zusammengeballten Industriemacht im Kultursektor müsse man sich jetzt mit den Setzern und Druckern gewerkschaftlich zusammentun. Seit Dezember 1988, da der 8. Bundeskongress des Verbandes in Stuttgart getagt hat, weiss man jetzt, dass das «Jahrhundertereignis» nichts weiter war als eine Phrase. Fünfzehn Jahre währte die Selbsttäuschung, an die selbst ihre Erfinder seit langem nicht mehr glaubten. Schriftsteller, die mit Sprache verantwortungsvoll umgehen sollten, verantwortungsvoller jedenfalls als ein beliebiger politischer Brandredner, hätten von Anfang an bedenken müssen, was hier Oberhand gewonnen hatte: ein flüchtiger Trend nur, ein Hauch von seltsamen Papierblüten, die Wunschvorstellung der Solidarisierung von Intellektuellen und Gewerkschaftern. Das konnte schon darum nicht funktionieren, weil die Autoren Alleinunternehmer sind, zwar gewiss auch abhängig von den Verlagen und von den Medienkonzernen, aber eben im Stande von Heimarbeitern ohne Auftrag, wie Jean Améry sie einmal genannt hat, Hausierer gewissermassen, die ihre Ware feilbieten. Wenn sie sich organisieren, um gemeinsam stärker auftreten zu können als jeder für sich allein, so ist das natürlich eine gute und notwendige Sache. Doch unterscheiden sich ihre Interessen in allen wesentlichen Punkten von denen der Arbeiter im Industriesektor Druck und Papier. Einige von ihnen haben daraus unmittelbar nach dem Hamburger Kongress von 1973 schon die Konsequenzen gezogen und sind aus dem Verband deutscher Schriftsteller ausgetreten. Im Lauf der Jahre haben die Austritte an Zahl bedrohlich zugenommen.

Es gab vor fünfzehn Jahren schon Pressekommentare, die auf den Punkt brachten, was zu dem «Jahrhundertereignis» zu bemerken war (auch in dieser Zeitschrift): dass sich nämlich die Gewerkschaftskollegen Setzer und Drucker in ihren materiellen Forderungen beschränken müssten, um den Kol-

legen Worturhebern die Veröffentlichungsmöglichkeit zu erhalten. Absurd sei die Hoffnung, man könne Verlage und ihre Lektorate, man könne Rundfunk- und Fernseh-Redaktionen durch gewerkschaftlichen Druck dazu bringen, Geschriebenes zu senden oder herauszubringen, wenn sie das etwa nicht möchten. Die jungen Autoren und zumal die Debütanten unter ihnen hätten ein grösseres Interesse daran, veröffentlicht zu werden, als gewerkschaftlich organisiert und unveröffentlicht zu bleiben. Verlegerische Wagnisse, die ohnehin selten geworden seien, würden eher verhindert als gefördert, was sich nicht zugunsten der Schreibenden auswirke. Erste Versuche und schwierige Texte, deren marktmässiger Erfolg aller Voraussicht nach gering ist, hätten überhaupt keine Chance. Und was denn geschehe mit den störrischen Einzelgängern unter den Autoren, den Einzelkämpfern, die sich ideologisch niemals auf eine Linie und schon gar nicht auf die der Gewerkschaft festlegen liessen? Zeitweise wurde im Verband deutscher Schriftsteller nach Hamburg ein Kurs gesteuert, der manchem Mitglied als Sprachregelung, ja als Gleichschaltung vorkommen musste.

Und nun hat also die Misere ein Ausmass erreicht, das für den Verband nicht mehr zu tragen war. Schwierig war es schon, nach dem Präsidium von Bernt Engelmann einen neuen Vorstand zu finden. Und im Dezember 1988 gelangte das «Jahrhundertereignis» in Stuttgart an sein von Anfang an voraussehbares Ende. Der Untergang des «Totenschiffs», wie der VS in der Diskussion am 8. und letzten Bundestag genannt wurde, ist kein Unglück. Aber die Vertretung und Wahrung der wirklichen Interessen der Schreibenden in einer umfassenden und kompetent agierenden Organisation ist selbstverständlich unerlässlich. Jetzt ist ein Neubeginn möglich geworden.

Anton Krättli

«Die ‹Trauersymphonie›, von der einige Delegierte sprachen, steht weiter auf dem Programm. Hier wird gestorben, sagte eine Delegierte, und Stuttgart könnte tatsächlich das Aus für einen Verband bedeuten, in dem sich einstmals von Böll bis Walser, Grass und Siegfried Lenz alles versammelt hatte, was in der deutschen Nachkriegsliteratur Rang und Namen hatte.»

Wolf Scheller in «Rheinischer Merkur/Christ und Welt» vom 16. Dezember 1988